

43. Europaministerkonferenz der deutschen Länder am 19. November 2007 in Berlin

TOP 2: Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
Berichterstatter: Niedersachsen

Beschluss

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen den Bericht der Unterarbeitsgruppe „Europapolitische Kommunikation“ (UAG) und die darin unterbreiteten Vorschläge zur Verbesserung des Zusammenwirkens der Länder mit der Europäischen Kommission im Bereich der europapolitischen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit zur Kenntnis.
2. Die Europaminister und -senatoren der Länder sprechen allen an der intensiven Kommunikationsarbeit anlässlich der deutschen Ratspräsidentschaft und des 50. Jahrestages der Römischen Verträge Beteiligten ihre Anerkennung und ihren Dank aus. Die vielfältigen Aktivitäten haben dazu beigetragen, dass die Zustimmung zur europäischen Integration in der Bevölkerung gestiegen ist. Neben einer verstärkten Berichterstattung in den Medien ist dies vor allem auch der Vielzahl von Informationsveranstaltungen, Wanderausstellungen, Kampagnen und Bürgerfesten in den Ländern und Kommunen zu verdanken.
3. Die Europaminister und -senatoren der Länder würdigen in diesem Zusammenhang auch die vielfältigen Aktivitäten der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments in Deutschland. Sie hätten sich jedoch gewünscht, dass die Länder bei der Planung und Durchführung dieser Aktivitäten enger und frühzeitig beteiligt worden wären.
4. Die Europaminister und -senatoren der Länder betonen die Bedeutung der Ratifikation des EU-Reformvertrages im Jahr 2008 und der Europawahlen 2009 für die Legiti-

mation der Europapolitik der nächsten Jahre. Auf Basis des neuen Lissaboner Grundlagenvertrags wird die Rolle der Länder und Regionen und des Europäischen Parlaments weiter gestärkt, so dass Wahlen zum Europäischen Parlament in ihrer Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger den nationalen Wahlen nicht nachstehen. Die Europaminister und -senatoren der Länder sehen sich daher dem Ziel verpflichtet, im Wege der Information und Kommunikation für eine hohe Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Europawahlen im Juni 2009 in Deutschland zu werben. Die UAG wird beauftragt, bis zur nächsten Europaministerkonferenz einen Katalog der Aktionsmöglichkeiten vorzuschlagen, der auf die Erhöhung der Wahlbeteiligung gerichtet ist.

5. Die Europaminister und –senatoren betonen die Bedeutung, der Jugend frühzeitig Wissen über die europäische Einigung zu vermitteln. In diesem Zusammenhang würdigen sie die Erfolge des EU-Schulprojekttag und sind der Auffassung, dass dieser Projekttag in geeigneter Form fortgeführt werden sollte. Europa sollte zum Schulalltag gehören und die in den Lehrplänen diesbezüglich vorgesehenen Unterrichtsteile erweitert und ihre tatsächliche Umsetzung verstärkt werden. Insbesondere sollte auch der Fortbildung der Lehrer in Europafragen besonderes Augenmerk geschenkt werden. Die Europaminister und –senatoren der Länder begrüßen es daher, dass die Kultusministerkonferenz der Länder dem Thema „Europa in der Schule“ erhöhte Aufmerksamkeit schenkt.
6. Die Europaminister und -senatoren der Länder bitten angesichts der bevorstehenden Europawahlen das Europäische Parlament möglichst frühzeitig für die Europawahl zu werben.
Sie bedauern, dass die vormals gewährte finanzielle Unterstützung des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für europapolitische Kommunikationsaktivitäten der Länder eingestellt wurde. Nach Auffassung der Europaministerkonferenz ist dieses ein falsches Signal. Das Europäische Parlament wird deshalb gebeten, den Beschluss über die Finanzierung von Projekten zu überdenken.
7. Die Europaminister und -senatoren der Länder begrüßen die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 3.10.2007 zur „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa“ und insbesondere die darin enthaltene Ankündigung, wonach regionale und lokale Akteure stärker als bisher einbezogen werden sollen. Sie sprechen sich dafür aus, die Länder über einen Vertreter der Europaministerkonferenz an den geplanten neuen Strukturen der Zusammenarbeit („nationale Kommunikationsdirektoren“) zu beteiligen.

8. Die Europaminister und -senatoren der Länder halten es für notwendig, dass die verantwortlichen Akteure der europäischen Institutionen, des Bundes und der Länder ihre diesbezüglichen Aktivitäten frühzeitig miteinander abstimmen und kooperieren. Eine Beteiligung der Länder an der Verwaltungspartnerschaft des Bundes mit der Kommission ist hier ein wichtiger Schritt.
9. Die Europaminister und -senatoren der Länder halten an ihrer Forderung an die Europäische Kommission fest, die Verfahren im Rahmen der so genannten „strategischen Partnerschaften“ deutlich transparenter und einfacher zu gestalten, damit das Eingehen einer solchen Partnerschaft für alle Länder möglich und der Mitteleinsatz erleichtert wird. Die Vertretung der Europäischen Kommission wird gebeten, auf eine Vereinfachung der Haushaltsregeln hin zu wirken, um den Verwaltungsaufwand bei den Ländern zu minimieren. Sie begrüßen in diesem Zusammenhang, dass die Vertretung der EU-Kommission ihrem Vorschlag gefolgt ist, bis zum 30. Juni nicht abgerufene Mittel einzelner Länder den anderen Ländern für zusätzliche Aktivitäten zur Verfügung zu stellen.
10. Die Europaminister und -senatoren der Länder betonen die Notwendigkeit, verständliche Informationen über die Europäische Union in der jeweiligen Landessprache zu vermitteln. Angesichts der Tatsache, dass Deutsch die am meisten gesprochene Muttersprache in der EU ist, sollten alle wichtigen Dokumente der europäischen Institutionen und insbesondere die im Internet-Portal der EU für die Öffentlichkeit verbreiteten Informationen uneingeschränkt auch in deutscher Sprache zur Verfügung stehen. Die Europaminister und -senatoren der Länder bitten die Bundesregierung, gegenüber den europäischen Institutionen ebenfalls auf eine uneingeschränkte Verwendung der deutschen Sprache verstärkt hinzuwirken.
11. Die Europaminister und -senatoren der Länder stellen fest, dass die Europe-Direct Relais eine wichtige Rolle spielen, um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen. Sie bitten die EU-Kommission, die geplante Neuausschreibung des Europe-Direct Netzwerkes noch vor dem Sommer 2008 zu veröffentlichen, damit die Trägerorganisationen eine ausreichende Vorlaufzeit und Planungssicherheit haben.
12. Die Berichterstatter werden gebeten, auf der Grundlage dieses Beschlusses, einen Antrag zur Mitteilung der Kommission zur „Partnerschaft für die Kommunikation über Europa“ in den Bundesrat einzubringen.